P1 Arbeitsprogramm 2027

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Hamburg
Beschlussdatum:	23.10.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 6 Arbeitsprogramm

Antragstext

Gemeinsam politisch wirksam werden

Wir wollen eine Stadt, in der junge Menschen selbstbestimmt leben können und ein gutes Leben nicht vom Geldbeutel abhängt. Als eigenständige linke Jugendorganisation verbinden wir politische Bildung mit konkreten Aktionen, öffentlicher Einmischung und solidarischem Miteinander. Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Antifaschismus und Demokratie sowie Queerfeminismus bilden die Schwerpunkte unserer Arbeit.

Im kommenden Verbandsjahr wollen wir mehr junge Menschen dauerhaft für politisches Engagement gewinnen und unseren Verband weiterentwickeln. Gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten wir unsere Positionen eigenständig und selbstbewusst. Wir suchen den Austausch mit Verbündeten in der Partei und mit Abgeordneten sowie mit Initiativen vor Ort. Die konkrete Ausgestaltung unserer Vorhaben liegt beim Landesvorstand, den Teams und den Kreisverbänden im Austausch mit den Mitgliedern.

Kampagnen, Aktionen und Bündnisarbeit

Kampagnen und Aktionen bieten uns die Gelegenheit, auf die Straße zu gehen und mit den Menschen unserer Stadt ins Gespräch zu kommen. So können wir lokale Probleme und Bedürfnisse besser verstehen und unsere politische Praxis gezielt weiterentwickeln. Wir wollen Formate schaffen, die insbesondere junge Menschen zur aktiven Beteiligung ermutigen.

In unserer Bündnisarbeit arbeiten wir strategisch mit Organisationen und Initiativen zusammen, die unsere politischen Ziele teilen. Dazu gehören insbesondere gewerkschaftliche, soziale, ökologische, queerfeministische, antirassistische und antifaschistische Zusammenhänge. Unsere politischen Schwerpunkte verbinden wir so mit konkreten Konflikten und Möglichkeiten, gemeinsam Veränderungen zu erreichen.

Wir wollen uns am feministischen Kampftag am 8. März, am Tag der Sichtbarkeit von trans* Personen am 31. März, am 1. Mai, am Christopher Street Day und am Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt am 25. November beteiligen. Welche Aktionen wir selbst organisieren und welche wir mit Bündnissen unterstützen, stimmen wir mit Blick auf unsere Ziele und Kapazitäten ab.

Wir wollen die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein im Wahlkampf unterstützen. Der Landesvorstand stimmt mit dem Nachbarverband ab, welche Unterstützung gebraucht wird und welche gemeinsamen Einsätze wir ermöglichen können. Umfang, Fahrtkosten und weitere Ausgaben berücksichtigen wir in unserer Jahres- und Finanzplanung.

Nach größeren Vorhaben werten wir gemeinsam aus, wen wir erreicht haben, welche politischen Impulse wir setzen konnten und was wir für die weitere Arbeit lernen.

Mitgliederaktivierung und Nachwuchsförderung

Ein Verband, der politisch etwas verändern will, braucht Mitglieder, die sich einbringen, eigene Ideen entwickeln und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wir wollen wachsen und mehr junge Menschen dauerhaft für politisches Engagement gewinnen. Aus einem ersten Besuch soll langfristige Beteiligung entstehen. Unser Verband soll ein Ort sein, an dem Menschen Anschluss finden, Solidarität erfahren und politisch wirksam werden.

Dafür heißen wir neue und interessierte Menschen persönlich willkommen. Wer erstmals zu einem Treffen kommt, soll wissen, an wen er*sie sich wenden und wie es weitergehen kann. Nach dem ersten Besuch wollen wir, sofern gewünscht, persönlich Kontakt halten und zu weiteren Treffen und konkreten Beteiligungsmöglichkeiten einladen. Der Landesvorstand entwickelt dafür zu Beginn des Verbandsjahres ein verlässliches Vorgehen. Wir setzen auf direkte Ansprache, die an den Interessen der Menschen anknüpft.

Einen Schwerpunkt legen wir darauf, unseren Mitgliedern Wege in die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu öffnen. Wir wollen dort gemeinsam Präsenz zeigen und unsere Positionen vertreten. Im Verbandsjahr organisieren wir mehrfach gemeinsame Besuche von Parteiveranstaltungen, kündigen diese als Mitmachmöglichkeiten an und erleichtern insbesondere Mitgliedern ohne Parteierfahrung die Teilnahme.

Wir unterstützen Mitglieder dabei, politische Anliegen in Anträge zu übersetzen, diese einzubringen und für Mehrheiten zu werben. Dafür schaffen wir mindestens ein praktisches Angebot zur Antragsarbeit, etwa einen Workshop oder die gemeinsame Erarbeitung eines Antrags. Wer Verantwortung in der Partei übernehmen möchte, soll Vorbereitung und Begleitung erhalten.

Auch innerhalb der GRÜNEN JUGEND sollen Mitglieder eigene Aktionen und Projekte anstoßen können. In bestehenden Treffen schaffen wir wiederkehrend Raum für Ideen, Mitstreiter*innen und gemeinsame Vorhaben. Daraus können Projektgruppen entstehen, die der Landesvorstand begleitet. Wir machen deutlich, welche Unterstützung zur Verfügung steht.

Neuen- und Interessiertentreffen bieten wir weiterhin regelmäßig an und kündigen sie frühzeitig an. Teams und Projektgruppen machen ihre Aufgaben, den ungefähren Zeitbedarf und Ansprechpersonen für den Einstieg sichtbar. Zum Jahresende prüfen wir anhand von Mitgliederentwicklung, Beteiligung und Rückmeldungen, welche Angebote angenommen werden, ob neue Menschen wiederkommen und wo Beteiligungshürden bestehen.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Unsere politische Arbeit braucht Öffentlichkeit. Wir wollen mit unseren Positionen sichtbar sein, eigene Debatten anstoßen und junge Menschen dafür gewinnen, mit uns aktiv zu werden. Deshalb setzen wir einen Schwerpunkt auf

Social Media und Pressearbeit. Wir wollen häufiger selbst Themen setzen und zeigen, wofür wir streiten und wie wir gemeinsam handeln.

Auf Social Media wollen wir stärker Gesicht zeigen. Unsere Sprecher*innen sowie weitere Mitglieder des Landesvorstands und des Redaktionsteams sollen als politische Stimmen und ansprechbare Menschen erkennbar werden. Wiederkehrende Formate sollen Entwicklungen verständlich einordnen, Forderungen erklären und Einblicke in unsere Praxis geben. Videoformate erhalten einen größeren Stellenwert; dazu möchten wir Workshops zu Storytelling und Videoschnitt anbieten.

Auch Memes und politische Satire wollen wir stärker nutzen. Sie bieten die Möglichkeit, politische Widersprüche aufzuzeigen, Kritik verständlich zuzuspitzen und Aufmerksamkeit für unsere Positionen zu schaffen. Wir setzen sie im Einklang mit unseren politischen Zielen und Werten ein.

Im ersten Halbjahr entwickelt das Redaktionsteam einen umsetzbaren Redaktionsplan. Es entscheidet im Austausch mit dem Landesvorstand selbst über Formate, Veröffentlichungsrhythmus und Arbeitsweise. Bis zum Ende des ersten Halbjahres sollen mindestens zwei regelmäßige Formate erprobt sein. Auf Grundlage der Erfahrungen entscheiden wir über ihre Fortführung und Weiterentwicklung.

Auch unsere Pressearbeit wollen wir aktiver gestalten. Zu Beginn des Verbandsjahres entwickeln wir eigene Themenschwerpunkte. Bei größeren Vorhaben planen wir Pressearbeit von Anfang an mit. Mindestens einmal pro Quartal setzen wir einen eigenen Presseimpuls, etwa durch eine Forderung oder Aktion. Dafür pflegen und erweitern wir unsere Kontakte in die Hamburger Presselandschaft. Unsere Sprecher*innen treten als erkennbare Ansprechpartner*innen auf.

Social Media und Pressearbeit denken wir gemeinsam. Inhalte sollen auf unterschiedlichen Kanälen nutzbar sein und politische Positionierung, Bildungsarbeit und Mitmachmöglichkeiten verbinden. Wir konzentrieren uns auf Formate, die wir ehrenamtlich verlässlich tragen können. Nach dem ersten Halbjahr wertet der Landesvorstand Regelmäßigkeit, Reichweite, Interaktionen, Presseresonanz und Interesse an unserer Arbeit aus und passt die Planung entsprechend an.

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit gehört weiterhin zu unseren wichtigsten Aufgaben. Wir wollen gesellschaftliche Entwicklungen und die Ursachen aktueller Probleme und Krisen verständlich machen. Unsere offenen Räume sollen Menschen ohne Vorkenntnisse einbeziehen und erfahrenen Mitgliedern vertiefende Inhalte und methodische Workshops bieten.

Die Aktiventreffen bleiben ein zentraler Ort der Bildung und des Austauschs. Wir wollen sie weiterhin im Zweiwochenrhythmus und in Themenschwerpunkten anbieten. Das Bildungsteam plant gemeinsam mit dem Landesvorstand und greift Interessen der Mitglieder auf. Fachliche Inputs, professionelle Workshops, Kinoabende und Besuche in Hamburger Kultureinrichtungen verbinden unterschiedliche Zugänge und kulturelle Teilhabe.

Die über das Jahr verteilte Bildungsakademie soll politische Grundlagen und praktische Fähigkeiten wie Moderation, Argumentation sowie Veranstaltungs- und Aktionsplanung vermitteln. Das Bildungsteam gestaltet sie nach den Bedarfen der Mitglieder; einzelne Angebote bleiben unabhängig von der gesamten Reihe zugänglich.

RealTalk führen wir mit mindestens vier Veranstaltungen fort. Kurze Inputs, moderierte Diskussionsrunden und individuelle Abschlussstatements ermöglichen politische Meinungsbildung. Quotierte Redelisten, Redezeitbegrenzungen und ein Awarenessteam unterstützen respektvolle Beteiligung. Frühzeitige Ankündigungen, gezielte Ansprache und spannende, auch prominente Gäste sollen mehr Menschen erreichen.

Wir wollen ein Bildungswochenende oder Sommercamp anbieten und dafür die Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden prüfen. Die Angebote zur Antragsarbeit, zu Storytelling und Videoschnitt sowie die Awareness-Schulungen stimmen die zuständigen Teams mit dem Landesvorstand ab. Bildungsteam und Landesvorstand unterstützen die Kreisverbände bei Grundlagenworkshops und themenspezifischer Bildung. Wir planen Honorare für externe Referierende ein und nutzen Rückmeldungen für die weitere Planung.

Kreisverbände und Vernetzung

Die Kreisverbände sind Orte, um die GRÜNE JUGEND kennenzulernen, niedrigschwellig Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam Aktionen vor Ort umzusetzen. Sie stehen an unterschiedlichen Punkten ihrer Entwicklung. Weitere Kreisverbände zu gründen sowie bestehende zu unterstützen und zu professionalisieren, bleibt eine wichtige Aufgabe des Landesvorstands.

Jeder Kreisverband hat weiterhin mindestens eine Ansprechperson im Landesvorstand. Kreisverantwortliche sind als Bindeglied zum Kreisverband der Grünen unerlässlich; wir unterstützen sie auch bei Kandidaturen für grüne Ämter. An „Herz Verstand Kreisverband“ knüpfen wir mit einem weiteren Kreisverbandsprogramm an.

Die Kreisverbände wählen und gestalten ihre politischen Projekte weitgehend eigenständig. Der Landesverband stellt gemäß der Satzung finanzielle Mittel bereit und unterstützt Bildungsarbeit sowie die Umsetzung der Geschlechterstrategie, der Inklusionsstrategie und der antirassistischen Verbandsstrategie.

Der Landesvorstand führt die begonnene Vernetzungsarbeit fort und unterstützt spezifische Treffen entlang der Bedürfnisse der Gruppen. Dazu gehören Angebote für FLINTA*s, migrantisierte Mitglieder, U20-Mitglieder sowie Mitglieder mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Geschützte Räume ermöglichen Austausch und stärken die Übernahme von Verantwortung.

Awareness und Antidiskriminierung

Wir wollen ein Verband sein, in dem sich alle Menschen sicher fühlen und gleichberechtigt einbringen können. Unser Einsatz gegen Diskriminierung gilt auch nach innen. Awareness ist kollektive Verantwortung: Betroffenen glauben wir

und stellen ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Die Gesamtverantwortung liegt beim Landesvorstand.

Der Landesvorstand erarbeitet mit Teams, Kreisvorständen und Kreisverantwortlichen ein verbindliches Awareness-Konzept für alle Veranstaltungen, auch Demonstrationen und Aktionen. Es regelt Vorbeugung, Ansprechbarkeit und die Arbeit der Awareness-Personen. Veranstaltende wenden es an; der Landesvorstand unterstützt die Umsetzung auf allen Ebenen.

Feste Ansprechpersonen im Landesvorstand und der Hinweis auf die unabhängige Ombudsstelle der Grünen sichern Ansprechbarkeit auch außerhalb von Veranstaltungen. Wir entwickeln transparente Abläufe für Meldungen und prüfen eine zusätzliche eigene, niedrigschwellige Anlaufstelle.

Bildungsteam, Geschlechterstrategieteam und Landesvorstand organisieren regelmäßige Awareness-Schulungen, insbesondere für Kreisverantwortliche, Teams und Landesvorstand. Grundlagenbildung vermittelt diskriminierende Muster und Möglichkeiten, sie aufzubrechen. Bei Neuen- und Interessiertentreffen machen wir auf diese Arbeit aufmerksam.

Veranstaltende sorgen für barrierearme Orte, frühzeitige Informationen zur Zugänglichkeit sowie Rückzugs- und Ruheräume. Das Redaktionsteam achtet auf verständliche Sprache und Bildbeschreibungen. Bedarfe fragen wir aktiv ab; Möglichkeiten und Grenzen kommunizieren wir transparent.

Wir setzen das Diversitätsstatut um und arbeiten an Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus und Inklusion. Landesvorstand und Geschlechterstrategieteam reflektieren Machtverhältnisse und Ausschlüsse, holen etwa durch anonyme Rückmeldungen oder eine Mitgliederumfrage Feedback ein und leiten Maßnahmen ab.

Ressourcen, Umsetzung und Auswertung

Wir setzen auf eine stabile Finanzplanung und bleiben mit dem grünen Landesverband und den Kreisverbänden über Preissteigerungen und notwendige Mittel im Austausch. RPJ-Mittel wollen wir vollständig ausschöpfen, insbesondere für Honorare und größere Bildungsprojekte. Für ein geschlechtergerechteres Budget erheben wir zusätzliche Daten und werten sie bis zur nächsten LMV aus.

Im Haushalt berücksichtigen wir Kreisverbandsarbeit, Wahlkampfunterstützung in Schleswig-Holstein, Awareness-Schulungen, externe Beratung, Material und den Abbau von Barrieren. Niemand soll ausgeschlossen sein, weil Geld fehlt. Unterstützung vereinbaren wir im Einzelfall mit den Betroffenen; zuständig ist der Landesvorstand.

Zu Beginn des Verbandsjahres führt der Landesvorstand mit Teams und Kreisverbänden die Vorhaben in einer Jahresplanung zusammen, stimmt sie mit dem Haushalt ab und macht Zuständigkeiten und Ansprechpersonen zugänglich. Die Teams gestalten ihre Aufgabenbereiche eigenständig, die Kreisverbände ihre Arbeit vor Ort. Politische Prioritäten und verfügbare ehrenamtliche Kapazitäten werden gemeinsam abgewogen.

Nach dem ersten Halbjahr ziehen wir eine Zwischenbilanz und machen notwendige Anpassungen nachvollziehbar. Zum Jahresende berichtet der Landesvorstand über erreichte Ziele, offene Vorhaben und Erfahrungen. Die Auswertung fließt in den

Rechenschaftsbericht und eine nachvollziehbare Übergabe an den nächsten Landesvorstand ein.